

Medienmitteilung vom 19. August 2008

Grüne fordern Energiepolitik mit Zukunft – kein neues AKW im Kanton Bern

Die Grünen Kanton Bern haben an ihrer Delegiertenversammlung in Bern am Dienstagabend einstimmig die Resolution «Energiepolitik mit Zukunft – kein neues AKW im Kanton Bern» verabschiedet. Ausserdem haben sie die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom November gefasst.

Im Mittelpunkt der Delegiertenversammlung der Grünen Kanton Bern stand das Thema Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS). Als Referenten eingeladen waren Bernhard Pulver, grüner Erziehungsdirektor des Kantons Bern und Lucien Criblez, Professor der Pädagogik von der Universität Zürich.

Regierungsrat Pulver stellt HarmoS als sinnvolle Vorlage zur Koordination der Volksschule in der Schweiz dar. Die Vereinbarung stützt die bernische Bildungspolitik ab und bringe mit dem zweijährigen Kindergarten wesentliche Fortschritte. Gleichzeitig lasse HarmoS den Kantonen genügend Handlungsspielraum für flexible Lösungen. Gewisse Bedenken äusserte Pulver gegenüber dem Denken in messbaren Bildungsstandards. „Die von HarmoS vorgesehenen Standards sind ein sinnvolles Instrument. In Zukunft muss aber vor allem Gewicht auf ein humanistisches Bildungsverständnis und auf die menschliche Beziehung Schüler-Lehrer-Eltern gelegt werden“, so Pulver. Lucien Criblez betont, dass die Bildungspolitik komplexer geworden sei. Es mache Sinn, dass gewisse Fragen in grösserem Kontext bearbeitet und von der Wissenschaft unterstützt werden. „Die Entwicklung von Bildungsstandards, Lehrmitteln und Lehrplänen kann nicht mehr von allen Kantonen bewältigt werden.“ Trotzdem dürfe man von HarmoS nicht primär mehr Bildungsqualität erwarten. Beide Referenten sind sich einig, dass diese in erster Linie vom Unterricht vor Ort abhängt.

Resolution gegen ein AKW im Kanton verabschiedet

Grosse Entschlossenheit zeigten die Grünen in der gegenwärtigen Atomenergie-Diskussion. Diese ist weder sicherheitstechnisch noch wirtschaftlich zukunftsfähig. Die Zukunft gehört vielmehr den erneuerbaren Energien und der Steigerung der Energieeffizienz. Im Kanton Bern ist eine Vollversorgung möglich, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist. Nach kurzer Diskussion verabschieden die Delegierten einstimmig eine entsprechende Resolution (siehe Link).

Einstimmiges Nein zur Verbandbeschwerde-Initiative der FDP

Ausserdem fassten die Delegierten die Parolen für die nationalen Abstimmungen im November. Sie unterstützen die beiden Volksinitiativen „für ein flexibles AHV-Alter“ und „für eine vernünftige Hanf-Politik mit wirksamem Jugendschutz“ mit grosser Mehrheit. Einstimmig abgelehnt wurden die Initiativen „Schluss mit der Verhinderungspolitik - Mehr Wachstum für die Schweiz!“ und „für die Unverjährbarkeit porno-

grafischer Straftaten an Kindern“. Die Delegierten beschlossen die Ja-Parole zur Revision des Bundesgesetzes über die Betäubungsmittel und psychotropen Stoffe.

Für weitere Auskünfte:

Blaise Kropf, Co-Präsident, 079 263 47 68

Barbara Schwickert, Co-Präsidentin, 078 915 66 28